„Wir tun alles für den Erhalt der Jugend-Jobcenter“

FRANKFURT Die Bundesregierung droht mit Kürzungen bei den Jobcentern, die vor allem die Betreuung von Jugendlichen treffen würden. In Frankfurt geht es um 14 Millionen Euro und mehr als 100 Stellen. Ulli Dvořák, neuer Chef des Frankfurter Jobcenters, übt Kritik.

Mit viel Herzblut am Werk: *Ulli Dvořák leitet in Frankfurt eines der größten deutschen Jobcenter.* Foto Maximilian von Lachner

Herr Dvořák, die Bundesregierung plant, die Jugendjobcenter zu schließen und sie in die Zuständigkeit der Arbeitsämter zu geben. Was bedeutet das für Frankfurt?
Wir haben da eine sehr deutliche Haltung, mit der wir auch nicht alleinstehen, nämlich dass wir es nicht nur, aber insbesondere in Frankfurt – vorsichtig formuliert – sehr schade fänden, wenn das so käme, wie es im Moment angedacht ist. Nach sieben Jahren SGB II (*Grundsicherung, Anm. d. Red.*) war klar, dass gerade die unter Fünfundzwanzigjährigen eine besondere Betreuung benötigen. Wir haben in Frankfurt deshalb 2012 das Pilot-Jugendjobcenter initiiert, um eine rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zu schaffen. Heute arbeiten hier mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen, die diese Aufgabe bewusst gewählt haben, weil sie mit Herzblut für die Belange der Jugendlichen arbeiten.

Um welche Jugendlichen geht es da?
Wir betreuen Jugendliche, die nicht einfach eine Ausbildung suchen und nur Informationen brauchen, wie sie eine gute Bewerbung schreiben können. Das sind junge Menschen, die in der Regel noch das eine oder andere schwierige Thema mitbringen, im Extremfall Obdachlosigkeit und Suchtthemen. Diese Jugendlichen brauchen unsere Hilfe. Darum tun wir mehr oder weniger alles, um die Jugendjobcenter zu behalten.

Wie wäre das denn möglich?
Da gibt es momentan eigentlich nur eine Möglichkeit: dass die Pläne der Bundesregierung nicht umgesetzt werden. Darauf dringen wir auch über den Städtetag und den Sprecherrat der Jobcenter. Zudem haben wir in Frankfurt auch die Unterstützung der Stadt.

Warum soll gerade dort gekürzt werden?
Die sachliche Begründung ist, dass Geld aus dem steuerfinanzierten SGB II genommen wird und stattdessen die Arbeitsagentur die Betreuung der Jugendlichen aus dem beitragsfinanzierten SGB III (*Arbeitslosengeld, Anm. d. Red.*) zahlt. Es gibt aber auch eine Argumentation, die im Zusammenhang mit der Kindergrundsicherung steht. Denn auch hier ist eine Zuständigkeitsänderung im Gespräch. Wenn es so wäre, dass es nur um die Geldtöpfe geht, macht mich das fassungslos.

Um wie viel Geld geht es?
Bundesweit geht es um 500 Millionen Euro, für uns in Frankfurt aktuell um 14 Millionen.

Wie sieht es insgesamt personell aus?
Wir haben rund 980 Stellen, von denen aktuell 60 nicht besetzt sind. Es ist auch für uns schwierig, Personal zu finden. Leider haben die Jobcenter nicht den besten Ruf, auch weil bis zur Einführung des Bürgergeldes anstatt über Grundsicherung über „Hartz IV“ diskutiert wurde. Nun wollen wir daran arbeiten, dieses Image zu verbessern. Mit ihrer Arbeit sichern die Kollegen die Existenz für knapp 10 Prozent der Frankfurter Bevölkerung und helfen darüber hinaus mit Qualifizierung, mit aktivierenden Maßnahmen und mit Überbrückung von Vermittlungshemmnissen. Das ist ein Job, der wirklich aller Ehren wert ist und Anerkennung verdient.

Die geplante Kürzung würde bei Ihnen viele Mitarbeitende und das erst kürzlich eröffnete Jugendjobcenter treffen?
Ja, die Kolleginnen und Kollegen waren sprachlos. Sie machen da eine gute Arbeit und sind wirklich sehr umfassend mit den Jugendlichen und den Familien in Kontakt. Wenn es so wäre, dass wir diesen Bereich komplett abgeben müssen, dann betrifft das mehr als 100 Mitarbeitende und eine Liegenschaft, die von 2025 an nicht mehr gebraucht würde. Vor dem Hintergrund, dass unser Haushalt kleiner wird, müssten wir dann zusehen, wie wir das finanziell bewältigen können. Das ist aktuell die größte Herausforderung. Wir werden weniger Eingliederungsgelder haben, die wir für die Maßnahmen zur Arbeitsmarktförderung brauchen. Aufgrund von Tarifabschlüssen werden die Personalkosten steigen, und die Inflation schlägt auch bei den Kosten von Trägern, sprich bei den Maßnahmen, zu.

Wenn bei Ihnen alle Stellen besetzt wären, wären die Kosten noch höher?
Richtig, aber dazu wird es wohl nicht kommen, weil wir die Leute nicht finden. Aber falls es doch so käme, wie wir momentan befürchten, dann wird es sehr, sehr schwierig. Unsere ersten Planungen zeigen, dass wir wahrscheinlich deutlich weniger Maßnahmen anbieten werden können. Doch damit das Bürgergeld gut anläuft, braucht es Ressourcen, Ressourcen bei Personal und auch Ressourcen an Finanzausstattung.

Dann wird nur noch gezahlt und nicht mehr wirklich kooperiert?
Ganz so schlimm ist es nicht, aber die Möglichkeiten, die wir dann für Qualifizierungs- und Aktivierungsmaßnahmen hätten, werden deutlich eingeschränkt.

Was wird mit dem Bürgergeld besser?
Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Denn die Punkte Grundsicherung, Aktivierung und Qualifizierung sind hilfreich und richtig, um das Bürgergeld positiv aufzustellen. Ob alles besser wird, hängt nicht unbedingt nur an dem Begriff, sondern insbesondere an der Frage, wie wir personell und finanziell ausgestattet sind. Es geht ja um die inhaltlichen Ansätze, nämlich mehr Qualifizierung zu geben und mehr auf die Kooperation zu gehen. Das heißt, wir benötigen eine langfristig tragende Ausbildung oder Qualifizierung – auch für solche Menschen, die zum Teil lange nicht gearbeitet haben. Das ist manchmal ein langer Weg.

Wie lang kann der dauern?
Unter Umständen Jahre. Da geht es um sehr kleine Schritte. In der Statistik sehen die aus wie nichts, aber für den Einzelnen sind sie tatsächlich von großer Bedeutung. Das reicht von der Strukturierung des Arbeitsalltags bis zur sprachlichen Qualifizierung, um Schritt für Schritt ins Erwerbsleben zurückzukommen.

Wie groß ist der Anteil solcher Kandidaten unter den Bürgergeld-Empfängern?
Das ist wirklich sehr schwierig zu sagen. Wir haben knapp 40.000 sogenannte erwerbsfähige Leistungsberechtigte, da können Sie ein Drittel wegrechnen, die in Arbeit sind und ergänzende Leistungen bekommen, in Elternzeit, Schule oder Ausbildung sind. Schätzungsweise rund ein Zehntel gehört zu denen mit komplizierteren Problemlagen, die wir mit dem Bürgergeld besser unterstützen können.

Was sind da die ersten Schritte?
Das ist sehr individuell. Es kann reichen vom Schreiben einer Bewerbung bis zur Klärung von Themen wie Schulden, Obdachlosigkeit, Sprachkenntnisse, gesundheitlichen und familiären Problemen. Das ist wirklich ein breites Feld und umfasst alles, was uns und den Kunden hindert, in eine Qualifizierung, eine Beschäftigung oder eine Ausbildung zu gehen.

Seit Juli gibt es dafür die Kooperationsvereinbarung, wie viele sind davon schon abgeschlossen worden?
Da liegen noch keine Zahlen vor. Wir sind gefordert, bis zum Ende des Jahres eigentlich alle, die eine Kooperationsvereinbarung kriegen sollen, entsprechend umzustellen. Und da sind wir auch dran. Bisher ist alles gut gelaufen.

Die Fragen stellte **Patricia Andreae.**

Zur Person

Ulli Dvorák hat am 1. Juni die Leitung des Jobcenters Frankfurt übernommen. Zuvor war er Stellvertreter von Claudia Czernohorsky-Grüneberg, die im Ruhestand ist. Der 1972 in Frankfurt geborene Vater von Zwillingen hat seit 1994 für das Jugend- und Sozialamt und dann für das Jobcenter gearbeitet. 2009 wechselte er in den Stab der Geschäftsführung. Seit 2016 hat er die operative Leitung des Leistungsbereichs. Von dem Jobcenter, das mit seinen rund 1000 Beschäftigten zu den größten in Deutschland zählt, erhalten rund 70.000 Frankfurter Leistungen. Stadt und Arbeitsagentur stellen je die Hälfte des Personals.